

Einspruch! Sie wollen das Ergebnis der OB-Wahl kippen

Jugendliche fordern Wahlrecht ein: Verein „Mehr Demokratie“ sieht Verfassungsverstoß in Hessen

VON BJÖRN WISKER

MARBURG. Tom Kewald ist im Begriff, ein Revoluzzer zu werden. Der 17-Jährige, der an diesem typischen Aprilwetter-Tag am Obermarkt steht und von dort auf das Rathaus blickt, hat einen kühnen Plan: Der Schüler will das Ergebnis der jüngsten Marburger Oberbürgermeisterwahl anfechten. Dafür sammelt er Unterstützer-Unterschriften – und wenn er mindestens 100 zusammen hat, wird er die Liste dem städtischen Wahlleiter übergeben. Damit ist ein Prozess in Gang gesetzt, der letztlich, wenn sein Einspruch gegen die Gültigkeit vom offiziellen Gremium abgewiesen wird, zu einer Klage Kewalds vor Gericht führen würde.

„Ich hätte gerne bei der Wahl über meine Zukunft mitentschieden. Das durfte ich aber nicht, das durfte kein Unter-18-Jähriger. Und das will ich so nicht hinnehmen. Denn zum einen geht es bei politischen Entscheidungen um die Zukunft der Jugend – und welchen Unterschied sie als Gruppe machen kann, wie wichtig es ist, dass jede Stimme zählt, sieht man ja“, sagt Kewald und verweist auf den Mini-Vorsprung des wiedergewählten OB Dr. Thomas Spies (SPD) auf Nadine Bernshausen (Grüne), der laut offiziellem Endergebnis nur 95 Stimmen beträgt.

Verstoß gegen Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl?

Kewald wird nach eigenen Angaben für eine Wiederholung der OB-Wahl die Missachtung seines subjektiven Wahlrechts beklagen, gleichsam Unterstützungserklärungen für den Einspruch sammeln. Auch wenn aktuell das aktive und passive Wahlrecht für Wahlen des Bundestages und Europaparlamentes bei 18 Jahren liegt, ist nur das passive Wahlrecht ausdrücklich an die Volljährigkeit gekoppelt. Die Regelungen von Grundgesetzartikel 38, Absatz 2 gelten allerdings nicht für Landtags- und Kommunalwahlen. Die Hessische Ge-



Tom Kewald (17) will Einspruch gegen die OB-Stichwahl in Marburg einlegen. Unterstützt wird er von Nelly Langelüdecke vom Verein „Mehr Demokratie“ in Hessen.

FOTO: BJÖRN WISKER

meindeordnung – so legt es der Verein „Mehr Demokratie“ aus – „verstößt somit also gegen den Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl“. Es bedürfte auf Landes- und Kommunalebene „plausibler Gründe, um die 16- und 17-Jährigen von der Wahrnehmung ihrer politischen Rechte auszuschließen“. Und diese habe es vor dem Urnengang nicht gegeben. Man sehe die Folge anhand der aktuellen Politik, vom Klima bis zur Corona-Pandemie: „Junge Menschen, Auswirkungen auf ihr Leben spielen bei Entscheidungen keine Rolle, ihre Themen werden marginalisiert.“

Die Gruppe der Älteren, deren Themen sind hingegen überrepräsentiert“, sagt Nelly Langelüdecke vom Verein „Mehr Demokratie“, der Kewalds Anfechtung unterstützt.

„Es muss ein Wandel her.“ Als das Wahlrecht einst von 21 auf 18 Jahre gesenkt wurde, habe das entgegen der Befürchtungen der Demokratie auch nicht geschadet, sondern genutzt. „Je breiter die Beteiligung, desto legitimer das Ergebnis und ausgewogener die politischen Entscheidungen“, sagt sie.

„Junge Menschen werden entmündigt“

In den meisten Bundesländern könnten sich Ab-16-Jährige an Kommunalwahlen beteiligen, nur in Hessen, Bayern, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Saarland nicht. Das sei ein „weder nachvollziehbarer noch zulässiger Ausschluss eines großen Teils der Bürger“, sagt Langelüdecke. Nicht zuletzt „Fridays for Fu-

ture“ habe die Politisierung der Jugend deutlich gemacht. Reif, aufgeklärt und informiert genug für eine fundierte Wahlentscheidung seien 16- und 17-Jährige allemal, alleine schon wegen des zu dem Zeitpunkt seit Jahren andauernden Politik- und Gesellschaftskunde-Unterrichts in der Schule, dem Nachrichten-Konsum. „Junge Menschen sind mündig, aber werden entmündigt und bei Entscheidungen übergangen“, sagt Kewald und nennt das anhaltende Digitalisierungs-Debatte an Schulen als Beispiel.

Der Wahlausschuss hatte die OB-Stichwahl einer genauen Überprüfung unterzogen und die ungültigen Stimmen noch einmal überprüft. Und: Trotz der gut 18000 Anträge auf Briefwahl waren letztendlich nur rund 14000

Wahlbriefe eingegangen. Ungereimtheiten wurden vom Wahlausschuss aber nicht festgestellt, seitdem gilt das Ergebnis als fix. Kewald ist es wichtig zu betonen, dass es ihm nicht um Spies oder Bernshausen, sondern um das Prinzip, letztlich um den Kampf für das Wahlrecht von Unter-18-Jährigen gehe. „Hätte die SPD oder eine andere Partei um 90 Stimmen verloren, würde das an meinem Anliegen nichts ändern.“

Bis Mitte nächster Woche will der 17-Jährige genug Unterstützer-Unterschriften zusammen haben. Die Jura-Professoren Hermann Heußner und Arne Pautsch sehen Erfolgschancen für den möglichen Klageweg, der nicht nur in Marburg, sondern wohl auch gegen die Parlamentswahl in Kassel bevorsteht.

Verhandlungen werden langsam konkret

Die Grünen sprechen am Wochenende zum dritten Mal mit SPD und CDU / Parlament tritt am Freitag erstmals zusammen

VON TILL CONRAD

MARBURG. Die erste Phase der Sondierungsgespräche zur Bildung einer neuen Stadtregierung ist abgeschlossen, am Wochenende treffen sich die Grünen, stärkste Fraktion im neuen Parlament, zum zweiten Mal mit SPD und CDU in Präsenz – in getrennten Sitzungen. Inhaltlich wurde über die Gespräche zwischen den Grünen mit der Klimaliste einerseits und der FDP andererseits nichts bekannt – bis auf die üblichen Stichworte „konstruktive Atmosphäre“ oder „gute Gespräche“. Am Freitagabend sprachen die Grünen mit den Bürgern für Marburg (BfM), konkrete Ergebnisse waren bis Redaktionsschluss nicht bekannt.

Am Wochenende dürfte es spannender werden: Mit der SPD und der CDU loten die

Grünen aus, wo es Gemeinsamkeiten gibt und ob diese eventuell für eine Zusammenarbeit ausreichen. Egal ob mit CDU (13 Sitze) oder SPD (14): Die Grünen (15) brauchen zudem noch einen der kleineren Partner, damit das angestrebte Bündnis die absolute Mehrheit im Parlament (30 Sitze) erreicht.

In den Politikbereichen Verkehr und Klima, wohl weniger bei Sozialem, Kindern und Jugendlichen sowie Kultur gibt es teils erhebliche Unterschiede vor allem zur CDU, während das Verhältnis zur SPD vor allem atmosphärisch belastet ist. Grünen-Fraktionsvorsitzende Nadine Bernshausen, deren Partei zu den Gesprächen eingeladen hat, wollte sich im Vorfeld nicht entlocken lassen, zu welcher Option sie tendiert. Denkbar ist, dass jede der drei



Das Stadtparlament – hier am 29. Januar im Erwin-Piscator-Haus – tritt am kommenden Freitag zusammen.

FOTO: THORSTEN RICHTER

Parteien in den Gesprächen ihre eigene „Pro und Contra“-Liste erstellt. Nahezu feststeht, dass es weitere Verhandlungen geben wird, ehe eine Regierungszusammenarbeit steht.

Das neu gewählte Stadt-

parlament tritt am kommenden Freitag (16.30 Uhr) erstmals zusammen – im Erwin-Piscator-Haus. Alterspräsidentin Dr. Christa Perabo (Grüne) wird die Sitzung eröffnen und so lange leiten, bis eine Stadtverordnetenvorste-

herin gewählt ist. Die Grünen, denen traditionsgemäß dieses Amt als stärkster Fraktion zusteht, haben dafür die Ärztin Dr. Elke Neuwohner nominiert.

Auch die ehrenamtlichen Magistratsmitglieder sollen gewählt und Ausschüsse eingerichtet werden. Laut Vorlage des Magistrats sollen wie bisher Wahlvorbereitungsausschuss, Haupt- und Finanzausschuss, Bau- und Planungsausschuss, Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder, Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung sowie Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr eingerichtet werden.

Entscheiden muss die Stadtverordnetenversammlung zudem über einen Einspruch von Rainer Wiegand (Liste Marburg-24) gegen die Gültigkeit der Wahl.

LIEBE LESERIN,
LIEBER LESER

VON MANFRED
HITZEROTH



Nordseeträume oder Alpenglück?

So, die Osterferien sind auch schon wieder rum, doch der Bewegungsradius der meisten Menschen hielt sich wohl in Sachen Urlaub pandemiebedingt auch in den Tagen nach Ostern in sehr engen Grenzen. Das Höchste der Gefühle war für einen Marburger jedenfalls ein kleiner Tagesausflug auf die Lahnberge. Und so ging es wohl den Meisten. Und doch liegen die Sommerferien zeitlich schon in fast greifbarer Nähe, und somit rückt auch die alte Frage: In die Berge oder ans Meer? Auf der Lieblingsinsel eines Marburgers an der Nordsee hat gerade das traditionsreiche Fischgeschäft nach ein paar Tagen Zwischenöffnung wieder dicht gemacht, weil keine Touristen auf die Insel gelassen werden, die Fisch kaufen würden. Was die übrig gebliebenen Insulaner auf Langeoog wohl derzeit so machen? Einsame Wattwanderungen werden dort vielleicht auf die Dauer auch langweilig. Die Alpen wiederum liegen von Marburg aus gesehen auch für einen Tagesausflug zu weit weg. Und wer kein Wohnmobilfan ist, findet dort momentan immer noch keine touristische Herberge. Auch so reizvolle Ecken wie das romantische Kleinwalsertal, in dem unter anderem der Marburger Universitätsbund eine Unterkunft besitzt, bieten derzeit keine Reise-Ausflucht. Und so muss zumindest die Frage nach Nordseeträumen oder Alpenglück für diesen Sommer jetzt noch nicht final beantwortet werden.

Kerzen für die Corona-Toten

MARBURG. Um den in der Corona-Pandemie Verstorbenen zu gedenken, richtet Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier an diesem Sonntag, 18. April, eine zentrale Gedenkveranstaltung in Berlin aus. Die Stadt Marburg schließt sich an und lässt in der Nacht zu Montag Lichter in den Rathausfenstern leuchten. Die Pandemie hinterlasse tiefe Spuren im Leben der Betroffenen, so Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies (SPD). Die Stadt lade alle Marburgerinnen und Marburger ein, am Sonntagabend ebenfalls eine Kerze oder ein Licht in ihr Fenster zu stellen und so der Trauer und Anteilnahme gemeinsam Ausdruck zu verleihen.

KURZNOTIZ

Requiem in der Kugelkirche

MARBURG. Das Requiem in der katholischen Kugelkirche für alle an und mit Covid verstorbenen Menschen an diesem Sonntag, 18. April (Beginn: 11 Uhr), wird auch live übertragen. Zu sehen ist das Requiem im Internet unter

www.st-johannes-marburg.de